



SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-291
vom 25.08.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Thümmler-Resolution so nicht zustimmungsfähig – Schostok bietet Gespräche an

Nach Einschätzung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Stefan Schostok, ist der am (heutigen) Mittwoch vom CDU-Fraktionschef Björn Thümmler vorgelegte Entwurf einer Resolution „Keine Gewalt unter dem Deckmantel des Tierschutzes“ nicht zustimmungsfähig. Schostok bot Thümmler allerdings Gespräche an.

„Wir haben mit einigen Punkten Probleme, ich will hier nur zwei nennen: Erstens erweckt Herr Thümmler den Eindruck, der Brand auf dem Hof der Familie Grotelüschen in Ahlhorn gehe nachweisbar auf das Konto militanter Tierschützer. Diese Behauptung ist noch nicht durch Erkenntnisse der Polizei belegt. Selbst die Landesregierung hat am heutigen Mittwoch vermieden, den Vorfall als Brandanschlag zu bewerten. Wir plädieren dafür, die Ermittlungen in diesem Fall erst einmal abzuwarten. Zweitens versucht Herr Thümmler im Punkt 4 der Resolution, die Fraktionen darauf zu verpflichten ‚ideologische Kampfbegriffe‘ nicht zu verwenden. Abgesehen davon, dass es durchaus schwierig ist, diesen Begriff zu definieren, müssen wir als SPD-Fraktion die Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung ablehnen“, sagte Schostok.

Er sei gerne bereit, mit Herrn Thümmler und den übrigen Fraktionsvorsitzenden über diese und weitere strittige Punkte zu beraten. In diesem Zusammenhang unterstütze er den Vorschlag des Fraktionschefs der Grünen, Stefan Wenzel, für ein Treffen am Anfang der kommenden Woche.

Als „befremdlich“ bezeichnete Schostok die Art und Weise, mit der die CDU-Fraktion den Resolutionsentwurf an die Öffentlichkeit gespielt hatte. „Die Abfassung des Textes mit den Namen aller Fraktionsvorsitzenden am Ende vermittelt den Eindruck, als handele es sich bereits um eine mit allen Fraktionen abgestimmte Version. Gewollt oder ungewollt ist in der Öffentlichkeit damit ein falscher Eindruck erweckt worden“, sagte Schostok.